



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 29.01.2007

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:20 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele
Herr Stadtrat Aßfalg
Herr Stadtrat Braig
Frau Stadträtin Brunner
Herr Stadtrat Deeng
Frau Stadträtin Drews
Herr Stadtrat Dullenkopf
Herr Stadtrat Etzinger
Frau Stadträtin Förg
Herr Stadtrat Funk
Herr Stadtrat Garlin
Herr Stadtrat Gehring
Frau Stadträtin Goeth
Herr Stadtrat Hagel
Frau Stadträtin Handtmann
Herr Stadtrat Herzhauser
Frau Stadträtin Kapfer
Herr Stadtrat Keil
Herr Stadtrat Kolesch
Frau Stadträtin Kübler
Herr Stadtrat Lemli
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding
Herr Stadtrat Pfender
Herr Stadtrat Rieger
Herr Stadtrat Späh
Frau Stadträtin Vollmer
Herr Stadtrat Wiest
Herr Stadtrat Zügel

ab TOP 3

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung	
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen	bis TOP 7
Herr Kulturdezernent Dr. Biege	
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait	
Herr Brunecker, Braith-Mali-Museum	TOP 5 - 8
Herr Buchmann, Kulturamt	TOP 5 - 8
Frau Fasseing, Volkshochschule	bis TOP 8
Herr Fischer, Tiefbauamt	bis TOP 4
Herr Geiger, Rechnungsprüfungsamt	bis TOP 7
Herr Hodler, Volkshochschule	bis TOP 8
Herr Keinath, Liegenschaftsamt	ab TOP 5
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg	bis TOP 7
Frau Leonhardt, Kämmereiamt	
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg	
Herr Bürgermeister Ogertschnig	
Herr Raumel, Stadtbücherei	bis TOP 8
Herr Simon, Hauptamt	
Frau Voss, Stadtmarketing & Tourismus	TOP 5 - 8
Herr Winter, Bruno-Frey-Musikschule	TOP 5 - 8

entschuldigt:

Herr Stadtrat Brenner
Frau Stadträtin Buttschardt
Herr Stadtrat Dr. Compter
Herr Stadtrat Weber

Presse:

Herr Gold, Schwäbische Zeitung	
Herr Gottschalk, SWR Biberach	bis TOP 3

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
2.	Neue Ratssaalmöblierung	
3.	Weiteres Vorgehen Wieland - Bildung eines Wissenschaftsrates	3/2007 D/02
4.	Sicherung und Verbesserung des Service der Stadtbücherei durch Umstellung auf Radiofrequente Identifikationstechnik (RFID)	169/2007 + 169/2007 S/02 + 169/2007 B/02 S/03
5.	Wirtschaftsplan 2007 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach	
6.	Bericht zur Entwicklung der Haushaltslage der Stadt Biberach zum 31.12.2006	13/2007
7.	Neuregelung des Spendenrechts Annahme der Spenden des Jahres 2006	14/2007
8.	Kulturdezernat: Budget 2005 - Jahresabschlussbericht	199/2007
9.	Bebauungsplan "Beim Fohrhäldele" - Änderung wegen Dach- aufbauten Antrag der SPD-Fraktion vom 18.12.2006	6/2007
10.	Bekanntgaben	
10.1.	Bekanntgaben: Aufstieg Mettenberg	
10.2.	Bekanntgaben: Veränderungen bei der Südbahn	
11.	Verschiedenes	
11.1.	Verschiedenes: Fußgängerquerung bei der Südbahn	
11.2.	Verschiedenes: Taubenkot	
11.3.	Verschiedenes: Ampelschaltung Ulmer Tor und Memminger Straße	

Die Mitglieder wurden am 18.01.2007 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 25.01.2007 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Bürgerfragestunde

Es sind keine Bürger anwesend, die Fragen stellen möchten.

TOP 2 Neue Ratssaalmöblierung

OB Fettback spricht die neue Ratssaalmöblierung an. Man sei breiter geworden, was sicher gewöhnungsbedürftig sei.

TOP 3 Weiteres Vorgehen Wieland - Bildung eines Wissenschaftsrates

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 3/2007 S/02 zur Information vor.

OB Fettback gibt zu verstehen, der Wissenschaftsrat sei ein Baustein unter vielen. Die Wieland-Gesellschaft werde bei der Konzeptionserstellung beteiligt und es bedürfe weiterer Bausteine zur weiteren Absicherung Wielands unter den bekannten Rahmenbedingungen.

Herr Dr. Biege lässt wissen, dies sei ein Diskussionsfahrplan für das terminierte Gespräch mit der Wieland-Gesellschaft, den man dann gemeinsam beschließen könne. Die Verwaltung sei der Meinung, dass ein weiteres Beratungsgremium benötigt werde. Dies habe man im Hauptausschuss vorgestellt. Er nennt die vorgeschlagenen Personen und ihren Hintergrund.

StR Dullenkopf gibt zu verstehen, ihm sei erst nachträglich aufgefallen, dass die CDU-Fraktion im Unterschied zu den sonstigen Gruppierungen eine andere Reaktion gezeigt habe. Dies liege daran, dass die Wieland-Gesellschaft keine Institution sei, wie man sie hundertfach in Biberach antreffe. Vielmehr sei sie eine Institution sui generis, von der man hoffe, dass sie Aufgaben übernehme, die bislang der Stadt oblägen. Es dauere einige Jahre, bis eine Komplettübernahme möglich werde, diese sei jedoch das Ziel. Seit einem halben Jahr sei bekannt, dass abgestuftes Arbeiten erforderlich sei. Man habe eigentlich für Ende 2006 eine Aussage aus Oßmannstedt erwartet, dass Vorbereitungen erforderlich würden. Erforderlich seien die Katalogisierung und die Archivierung. Hierfür benötige man keinen Wissenschaftsrat, sondern einen Archivar, am besten mit Bezug zu Wieland. Auch sei die Beteiligung von Biberachern sinnvoll. Wenn nach Meinung der Verwaltung ein Wissenschaftsrat benötigt werde, werde man dies im Hauptausschuss, was vermutlich ausreichend sei, beschließen.

StR Keil bemerkt, die SPD-Fraktion sei der Meinung, dass die Gewinnung der vier Experten sehr gut sei, wofür man Herrn Dr. Biege danke. Biberach stehe in Konkurrenz zu Oßmannstedt. Die SPD trage den Gemeinderatsbeschluss mit und sehe gerade deshalb die Zuziehung der vier Experten als guten Schritt an. Biberach könne die erforderliche wissenschaftliche Arbeit nicht allein leisten, um Wieland angemessen zu präsentieren. Man sei optimistisch gespannt, dass dieser Baustein zu einem attraktiven Werk führen werde.

StRin Vollmer gibt zu verstehen, man wolle keine Vorwürfe von der Wieland-Gesellschaft hören, sei aber bereit, über den Wissenschaftsrat erst nach dem Gespräch mit der Wieland-Gesellschaft zu entscheiden. Herr Dr. Biege habe sich viel Mühe gemacht und es sei nicht richtig, ihn immer wieder zu kritisieren. Die Bildung eines Wissenschaftsrats sei eine sehr gute Idee zur wissenschaftlichen Beratung. Unabhängige Wissenschaftler seien wichtig. Das Archiv sei in städtischer Hand, aber die Stadt benötige eine wissenschaftliche Beratung. Unabhängig hiervon sehe man die Wiederbesetzung der Stelle Ottenbacher. Man freue sich über die Bereitschaft der Wieland-Gesellschaft zur Mitarbeit an der Konzepterstellung. Abschließend bemerkt sie, seit der ersten Einladung der Freien Wähler zum vhs-Vortrag zu diesem Thema habe sich viel getan.

StR Späh bezeichnet eine Versachlichung als wichtig. Die Zusammenarbeit mit der Wieland-Gesellschaft sei für eine enge Verzahnung wichtig und der Wissenschaftsrat werde wertvolle

Dienste leisten. Die Federführung müsse zunächst klar bei der Stadt liegen, weshalb ein Wissenschaftsrat gut sei, um fachliche Grundlagen an die Hand zu geben. Er dankt Herrn Dr. Biege für den vorgeschlagenen Weg und signalisiert die Zustimmung der Grünen.

StR Funk meint, ein erster Schritt sei die zur Verfügungstellung von Haushaltsmitteln gewesen. Man wolle nicht viele Einzelbeschlüsse fassen, sondern zunächst solle ein Konzept erarbeitet werden, da es sich um ein komplexes Thema handle und noch großer Beratungsbedarf bestehe. Man wolle, dass die Verwaltung und die Wieland-Gesellschaft möglichst gemeinsam voringen. Die Wieland-Gesellschaft sei ein spezieller Verein und habe sich materiell und immateriell eingebracht. Bei wichtigen Entscheidungen sei daher immer zuerst die Wieland-Gesellschaft zu hören.

Herr Dr. Biege merkt an, ein Wissenschaftsrat sei von Professor Schelle immer gefordert worden. Man habe informell einen wissenschaftlichen Beirat in Form von Herrn Dr. Rathspieler und Dr. Bock gehabt. Im Gespräch mit der Wieland-Gesellschaft sei eine Verfahrensweise zu verabreden, wer was erledigen könne, um das Konzept zu erarbeiten. Der erste Umsetzungsschritt werde der Beginn der Katalogisierung sei. Frau Ottenbacher habe sich bereit erklärt, die Federführung zu übernehmen und die Wieland-Gesellschaft habe schon immer zugesagt, mitzuarbeiten. Man wünsche sich keine Konkurrenz zu Oßmannstedt, sondern dass jeder das erledige, was er könne und man so viel wie möglich kooperiere. Man wolle einen Wieland pflegen und alles möglichst im Einklang erledigen. Erste Gespräche für das Jubiläum 2008 hätten stattgefunden.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

TOP 4 Sicherung und Verbesserung des Service der Stadtbücherei durch Umstellung auf Radiofrequente Identifikationstechnik (RFID)

Dem Gemeinderat liegen die dieser Niederschrift als **Anlagen 1 - 3** beigefügten Drucksachen Nrn. 169/2006, 169/2006 S/02 und 169/2006 B/02 S/03 zur Beratung vor. Die Vorberatung erfolgte im Hauptausschuss am 18.01.07. Auch das Jugendparlament befasste sich mit der Thematik.

OB Fettback führt aus, mit der neuen Technik biete man den Kunden einen echten Mehrwert.

Herr Dr. Biege hebt auf die lange Vorbereitung ab und lobt den Mut des Gemeinderats, kräftig in eine Bildungseinrichtung zu investieren mit dem Ziel, die Einrichtung langfristig zu sichern und eine Serviceeinrichtung zu installieren, die zukunftsweisend und konkurrenzfähig mache. Dadurch werde auch der Wunsch der Bürger, die Öffnungszeiten auszudehnen, umsetzbar.

Herr Raumel erläutert kurz das Projekt und lässt wissen, man müsse das bisherige System ersetzen und wolle nicht in eine alte Technologie investieren.

StR Hagel meint, dies sei ein mutiger Schritt Richtung Kundenfreundlichkeit. Er sei sinnvoll, aber man habe sich Einsparungen bei den Personalkosten erhofft. Der Vorschlag einer Leistungserhöhung durch eine Ausdehnung der Öffnungszeiten um ca. 30 % sei jedoch nachvollziehbar. Mit der Zustimmung entscheide man sich für eine Leistungsverbesserung und ein mustergültiges Leistungsniveau. Man habe die Hoffnung, dass dieses Angebot vor allem von jungen Leuten angenommen werde. Die erhoffte Zunahme der Ausleihe um 30 % sei ein ehrgeiziges Ziel und abzuwarten, ob dies erreicht werden könne. Man gehe davon aus, dass eine moderate Gebührenerhöhung, beispielsweise von 24 € auf 26 €, notwendig werde.

StRin Kübler signalisiert die Zustimmung zu einer neuen Technik, die einen effizienten Mitteleinsatz ermögliche und die Öffnungszeiten verbessere. Man bejahe die Grundversorgung mit Büchern und Medien sowie die Förderung der Lesefreudigkeit und wolle den Zugang zu Medien auch für Geringverdiener erhalten und sehe dies als entscheidende Aufgabe. Eine Refinanzierung sei weitestgehend zu erreichen, es gebe hierfür aber unterschiedliche Mittel und Wege. Die Ausdehnung der Öffnungszeiten sei längst erforderlich und bringe eine Verbesserung des Nutzungsgrades. Es seien weitere Maßnahmen denkbar, beispielsweise Buchpaten. Sie erinnert hierzu an den Antrag der SPD-Fraktion, für den leider keine ausreichende Akzeptanz des Büchereiteams zu erhalten gewesen sei, weshalb sich die Sache verlaufen habe. Der Deckungsgrad betrage nur 14,8 %, weshalb innovative Aktionen erforderlich seien, um weitere Möglichkeiten zu generieren und die Wirtschaftlichkeit nicht nur mit einer Gebührenerhöhung zu kompensieren. Einer Gebührenerhöhung stimme die SPD-Fraktion nicht zu. Für die Wirtschaftlichkeitsrechnung 2008 dürfe man die Priorität nicht auf eine Gebührenerhöhung legen. Sie **beantragt**, Ziffer 3 in a und b zu teilen und getrennt abzustimmen. Sie dankt der Bücherei für die schnelle Umsetzung des Haushaltsantrags zur Beschaffung von Leselupen.

StR Zügel lässt wissen, die Freien Wähler hätten schnell Zustimmung zu einer neuen Technik signalisiert. Betriebswirtschaftlich lasse sich der Arbeitsprozess verbessern, was sich in einer besseren Arbeitsleistung und mehr Wirtschaftlichkeit niederschlage, da man bessere Beratung und längere Öffnungszeiten bieten könne. Dies sei eine gezielte Investition in Bildung und ein Meilenstein zum Erhalt der Bücherei. Man müsse sich aber klar darüber sein, dass Leistung bezahlt werden müsse. Die neue Technik bedeute einen Qualitätssprung in der Bücherei, weshalb man mode-

rat und langfristig an der Gebührenschaube drehen müsse. Wenn man die Budgetierung der Kulturbetriebe für richtig erachte, dürfe man nicht verwehren, durch höhere Gebühren eine Leistungsverbesserung zu erzielen. Dies gehöre zur Handlungsfreiheit.

StR Späh sieht in RFID ein zukunftsweisendes Konzept. Da es auch in den Mediotheken der Schulen eingesetzt werden solle, solle man in der Bücherei die selbe Technik vorhalten. Die bisherige Verbuchung sei unbefriedigend und frustrierend. Positiv sei, dass auch ein Mehrwert durch längere Öffnungszeiten erreicht werden könne. Er bezeichnet Bildung als wichtigstes Kapital, weshalb es positiv sei, wenn mit längeren Öffnungszeiten mehr Leser gewonnen und der Service verbessert werden könne. Eine Gebührenerhöhung sei schmerzlich und die letzte sei sehr hoch gewesen. Ca. 2 € mehr für eine Jahreskarte sei jedoch auf das Jahr bezogen gering und akzeptabel.

StR Funk signalisiert die Zustimmung der FDP. Nach Auskunft der Verwaltung seien Zeitpunkt und Preis der Investition richtig. Da Bildung eine der ersten Kernaufgaben für die FDP sei, sei die Entscheidung leicht gewesen.

Man müsse die Wirtschaftlichkeit steigern und bringe mehr Geld ein, da der Personalbedarf gleich bleibe. Zu Gebührenerhöhungen wolle man nicht ständig Einzeldiskussionen führen, sondern halte eine Gesamtkonzeption für erforderlich. So sei die FDP schon 2007 für eine Grunderhöhung gewesen, was die Mehrheit abgelehnt habe. Daher benötige man einen Gesamtvorschlag, was leistbar sei und was man den Bürgern künftig zurückgeben könne.

Anschließend wird über die Ziffern 1 – 3a abgestimmt und diese einstimmig angenommen. Ziffer 3b – Die RFID-Technik mittelfristig auch durch eine moderate Gebührenanhebung zu finanzieren, wird mit 6 Nein-Stimmen (StRe Drews, Kapfer, Keil, Kübler, Lemli, Dr. Nuding), 2 Enthaltungen (StRe Funk, Pfender) und restlichen Ja-Stimmen beschlossen.

Somit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

- 1. Die Medienrückgabe der Stadtbücherei wird durch Umstellung auf Radiofrequenzverfahren (RFID) und Installation einer Sortieranlage automatisiert.**
- 2. Es werden im Haushalt 2007 353.000 € auf HH-Stelle 2.350.935000.6 bereitgestellt und der Sperrvermerk für diese Haushaltsstelle aufgehoben.**
- 3. a) Die Vorteile der RFID-Technik werden in vollem Umfang genutzt und durch die Gewinnung neuer Leser refinanziert.**
b) Die Refinanzierung erfolgt mittelfristig auch durch eine moderate Gebührenanhebung.

TOP 5 Wirtschaftsplan 2007 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach

Dem Gemeinderat liegt der Wirtschaftsplan 2007 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach zur Beschlussfassung vor.

BM Ogertschnig führt aus, es handle sich um einen guten Wirtschaftsplan mit einem guten Ergebnis. Man könne die Gebühren bis 2010 stabil halten, wofür dem Kämmereiamt und dem Tiefbauamt Dank gebühre. Er spricht eine Feststellung der GPA zum unterschiedlichen Umgang mit Abschreibungen an und lässt wissen, man arbeite an einer Problemlösung und werde im ersten Halbjahr eine Vorlage erstellen, die eine Neuberechnung beinhalte, damit der Wirtschaftsplan 2008 auf noch soliderer Basis beraten werden könne. Der Vermögensplan enthalte entscheidende Maßnahmen wie das Regenüberlaufbecken in der Freiburger Straße, das man mit der Sanierung der Altlast der Stadtwerke abstimmen werde. Ferner sei ein Neubau des Kanals in der Saulgauer Straße enthalten, der ebenfalls in Verbindung mit einer Straßenbaumaßnahme umgesetzt werden solle. Insgesamt seien 150.000 € für Kanalsanierungen sowie Mittel für Erschließungsmaßnahmen enthalten.

StR Kolesch gibt zu verstehen, die CDU-Fraktion sehe den Plan nicht nur positiv, vor allem wegen der Information zum Jahresabschluss 2005. Das Ergebnis sei 1 Mio. € besser als geplant bei einem Haushaltsvolumen von 5 Mio. € im Erfolgsbereich, was enorm sei. Dies hätten die Bürger / Gebührenzahler bezahlt. Aufgrund der prognostizierten Unterdeckung habe man eine deutliche Gebührenerhöhung für Wasser und Abwasser beschlossen. Hätte man damals gewusst, dass sich das Ergebnis anders darstellen werde, wären bestimmt keine so großen Gebührenerhöhungen beschlossen worden. Man müsse sich als Gemeinderat auf die Informationen der Verwaltung verlassen. Auch die Unsicherheiten bei der Abschreibung seien nicht erfreulich, da Zinsen und Abschreibungen entscheidende Kostenfaktoren darstellten. Man müsse daher schnell entscheiden. Es sei eine langfristige Gebührenkalkulation und -sicherheit erforderlich.

Dann hat er noch Fragen. Er bittet mitzuteilen, wann das Regenüberlaufbecken Kolpingstraße, für das eine Planungsrate von 20.000 € im Vermögensplan enthalten sei, umgesetzt werden solle und mit welchen Gesamtausgaben man rechne. Ferner spricht er die Kanalumlegung in der Memminger Straße/Heusteige an und bezeichnet es als erforderlich, die Kosten verursachungsgerecht umzulegen, sprich auf das Hallenbad bzw. den Rest. Auf Seite 32 seien nur Beträge für bestimmte Rubriken von Maßnahmen aufgeführt, es wäre jedoch hilfreich zu wissen, welche größeren Maßnahmen im Einzelnen dahinter stünden, was in den Bemerkungen aufgenommen werden sollte. Er fragt, ob man davon ausgehen könne, dass die Regenüberlaufbecken weitgehend abgearbeitet seien. Sofern dies zutrefte, müsse man in den künftigen Jahren die Priorität auf die Schuldenreduzierung richten.

OB Fettback gibt zu verstehen, auch die Verwaltung sei vom Überschuss überrascht worden. Man sei auch saldiert schuldenfrei.

BM Ogertschnig fügt an, der Betrieb arbeite seit zwei Jahren und man müsse konzidieren, dass Gebühren sich änderten. Man hoffe, dass mit der veränderten Abschreibung ein Ausgleich erreicht werden könne.

StR Dr. Nuding gibt zu verstehen, man erwarte stabile Gebühren über 2008 hinaus. Er fragt, warum 2007 weniger Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt seien als 2006. Probleme habe er mit der Formulierung „Abschreibungen als Finanzierung der Tilgungsleistung“ zu verwenden. Dies sei im Prinzip richtig, aber eigentlich handle es sich um den Gegenwert der Abschreibungen. Er fragt, ob schon entschieden sei, ob für den Fall, dass Kredite erforderlich würden, diese am Markt aufgenommen würden oder die Stadt einspringe. Abschließend bittet er mitzuteilen, ob die AZV-Umlage bereits die neuen Quotienten berücksichtige.

StR Zügel meint, in der Bilanzbewertung sei erkennbar, dass noch einige Unsicherheiten aufgrund der unklaren Strukturen bestünden. Dies sei etwas schlecht, da es Auswirkungen auf die Gebühren habe. Er gehe davon aus, dass mit der angekündigten Vorlage alles geklärt werde. Das Zinsniveau gehe in der Prognose eher nach oben. Er gehe davon aus, dass eventuell sogar eine leichte Gebührensenkung bis 2010 möglich werde und man die Gebühren nicht nur stabil halten könne. Der Schuldenabbau müsse ein vorrangiges Ziel sein, da man bewusst keine Eigenkapitalquote eingesetzt habe. Er signalisiert die Zustimmung der Freien Wähler.

Auch StR Späh stellt einige Unsicherheiten und Irritationen fest, die Neuorientierung sei also noch nicht abgeschlossen. Man müsse anstreben, bis 2008 alles zu nivellieren. Gebührenstabilität sei wichtig. Es sei bis 2010 der gleiche Schuldenstand prognostiziert und er frage sich, ob dies so sein müsse und ob die Darlehen angesichts der guten Finanzsituation der Stadt am Kapitalmarkt aufgenommen werden müssten oder ob nicht die Stadt selbst als Kreditgeber auftreten könnte. Es stelle sich auch die Frage, ob überhaupt zusätzliche Neukredite aufgenommen werden sollten, oder ob die Stadt durch Zuschüsse die Neuaufnahme von Krediten verhindern könnte. Er bittet die rechtliche Situation hierzu darzulegen.

StR Funk äußert sich nicht zufrieden mit dem Wirtschaftsplan. Man habe schon immer viel über die Abwassergebühren gestritten. Er unterstützt inhaltlich weitgehend die Aussagen StR Koleschs. Der Abwasserpreis sei politisch und es sei nicht befriedigend, wenn er bis 2010 festgeschrieben sein solle. Man sollte lieber öfters Preisanpassungen machen, die dann aber nachvollziehbar sein müssten. Generell müsse man abstimmen, wann welche Gebühren erhöht würden und beispielsweise nicht den Gas- und Wasserpreis erhöhen, wenn schon der Abwasserpreis erhöht worden sei, wenn dies nicht unbedingt sein müsse.

OB Fettback macht wiederholt darauf aufmerksam, dass die Stadt an der e.wa riss GmbH nur beteiligt sei, weshalb man im Gemeinderat nicht über Gas- und Strompreise diskutieren könne.

Herr Fischer lässt wissen, man prüfe, ob das Regenüberlaufbecken in der Kolpingstraße erforderlich sei oder eine andere, günstigere Lösung ausreiche. Die Programme zum Bau von Regenüberlaufbecken seien weitgehend abgewickelt und man dürfe gespannt sein, welche Neuauflagen die Untere Wasserbehörde mache, da die Genehmigungen beschränkt seien.

BM Ogertschnig lässt wissen, die gewünschte Kostenaufschlüsselung könne man künftig liefern. Die Aufteilung der Erschließungsbeiträge im Gebiet Heusteige entspreche der beschlossenen Kostenaufteilung.

Frau Leonhardt erklärt, man habe schlechtere Konditionen für einen Kredit in Höhe von 400.000 €, weshalb man große Beträge umschulde und kurzfristig für kleinere Beträge städtische Kredite gewähre. Die AZV-Umlage basiere auf dem alten Verteilungsschlüssel. Der Schuldenstand sei eine Folge der Investitionen. Wenn Klarheit über die Abschreibungen herrsche, könne man 2008 über den weiteren Umgang mit den Schulden entscheiden.

Herr Fischer begründet die geringere Summe der Verpflichtungsermächtigungen damit, dass man 2007 davon ausgehe, dass das Arbeitsprogramm erledigt werden könne.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Áufgrund von § 14 des Eigenbetriebsgesetzes (EigBG) in der Fassung vom 01.07.04 i. V. m. der Eigenbetriebsverordnung (EigBVO) in der Fassung vom 07.12.1992 beschließt der Gemeinderat folgenden Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2007:

§ 1

Der Wirtschaftsplan 2007 wird festgesetzt mit

1. dem Erfolgsplan	
mit einem Gesamtaufwand von	5.623.200 €
und einem Gesamtertrag von	5.623.200 €
2. dem Vermögensplan	
mit Ausgaben von	5.241.400 €
und mit Einnahmen von	5.241.400 €

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen wird festgesetzt auf	400.000 €
--	-----------

§ 3

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf	640.000 €
---	-----------

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf festgesetzt.	1.000.000 €
--	-------------

TOP 6 Bericht zur Entwicklung der Haushaltslage der Stadt Biberach zum 31.12.2006 13/2007

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 13/2007 zur Information vor.

Frau Leonhardt erläutert den Haushaltsbericht und stellt unter anderem eine überaus positive Entwicklung bei der Gewerbesteuer fest. Insgesamt könne man eine solide Finanzwirtschaft konstatieren.

Es wird applaudiert.

StR Wiest gibt zu verstehen, auch die CDU-Fraktion sehe die Entwicklung äußerst positiv, wobei vor allem die herausragende Entwicklung der Gewerbesteuer verantwortlich sei. Aber auch andere Positionen hätten sich positiv entwickelt. Insgesamt seien die Einnahmen aber nicht aus eigenem Schaffen entstanden, sondern von außen gekommen. Entscheidend sei der Umgang mit den Mehreinnahmen. Man sei dem Gemeinderat und der Verwaltung dankbar, dass nachhaltige Haushaltskonsolidierung betrieben, die Rücklagen gestärkt und Rückstellungen gebildet worden seien, was die Haushalte kommender Jahre entlaste. Auch die Personalkostenentwicklung bezeichnet er als erfreulich. Er bittet den Grund für die Unterdeckung bei den Erschließungsbeiträgen darzulegen, stellt eine erfreuliche Kostenunterschreitung bei den Baumaßnahmen fest und bittet abschließend darzulegen, woraus die rund 2 Mio. € Wenigerausgaben insgesamt resultierten.

StR Zügel hält fest, die Finanzsituation der Gemeinden insgesamt habe sich besser als ursprünglich befürchtet entwickelt. Er fragt, ob es bei den Zuschüssen zu außerordentlichen Verzögerungen gekommen sei. Die Verwaltung habe die Personalkosten im Griff, was ihr hoch anzurechnen sei.

OB Fettback wirft ein, vereinzelt habe es in der Verwaltung Stimmen gegeben, dass aufgrund der besseren Entwicklung manches in Angriff genommen werden könnte, wogegen er sich wehre, da man sich schon auf gutem Niveau befinde und Maß halten müsse.

StR Späh fragt, ob zu viel Luft im Haushalt enthalten sei, wenn man über 24 Mio. € Wenigerausgaben im Verwaltungshaushalt erwarte und ob nicht genauer geplant werden müsse.

StR Funk spricht die Bußgeldentwicklung an und äußert die Hoffnung, dass nicht das Ziel verfolgt werde, noch mehr Bußgelder zu erheben. Zu den Personalkosten sei er neutral eingestellt, da man insgesamt mehr Personal habe und nur ein Teilbereich abgebildet werde. Zur wirklichen Beurteilung wäre eine konsolidierte Betrachtung erforderlich. Er bittet darzulegen, was in den kalkulatorischen Kosten und inneren Verrechnungen beinhaltet sei.

Zur Bemerkung von StR Späh stellt Frau Leonhardt klar, nur eine Betrachtung der Gruppierungssummen verfälsche das Bild, da vereinzelt noch Veränderungen bis zum Jahresabschluss zu erwarten seien. Man habe keine Luft im Haushalt. Bei den Landeszuschüssen verzeichne man einen Antragsstau. Bei den Baumaßnahmen handle es sich um einen Erfahrungswert, dass insgesamt 2 Mio. € übrig bleiben würden.

Herr Simon lässt auf Frage wissen, die Auswirkungen der Altersteilzeit seien noch nicht genau quantifizierbar. Zum Jahresende habe es eine kleine Antragswelle gegeben, die aber den Betrag von 550.000 € nicht exorbitant erhöhen werde.

Herr Keinath vermutet, dass man sich bei den Erschließungsbeiträgen wegen der Abwicklung der Reitanlage und anderer Maßnahmen im Rückstand befinde.

StR Wiest bittet, in der nächsten Bauausschusssitzung eine nachvollziehbare Antwort zu geben, was OB Fettback **zusagt**.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 14/2007 zur Beschlussfassung vor.

OB Fettback gibt zu verstehen, das Land sei weit über das Ziel hinausgeschossen mit seiner Verordnung. Landesrecht könne geltendes Strafrecht nicht brechen. Ärgerlich sei, dass man alles auflisten und öffentlich machen müsse, da es sich um einen sehr sensiblen Bereich handle. Viele Mäzene hätten unter diesen Voraussetzungen nie etwas gespendet. Diese Meinung werde von anderen Bürgermeisterkollegen geteilt und sei auch bei der letzten Sitzung des Städtetags geäußert worden.

Auch StR Lemli gibt zu verstehen, man sei erschrocken gewesen und müsse nun das Beste aus der Verordnung machen. Es sei ein gut gemeintes Gesetz, das unerwünschte Folgen mit sich bringe, die man noch neu regeln müsse. Es fehle eine Kleinbetragsregelung und was mit geldwerten Leistungen zu machen sei. Die Offenlegung bezeichnet er als problematisch. Er fragt, ob Pauschalgenehmigungen aufgenommen werden könnten und stellt abschließend fest, die Verordnung sei kein Beitrag zur Förderung der Spendenfreudigkeit.

Auch StRin Vollmer findet die Verordnung lachhaft und meint, Sachspenden wären ausgenommen.

StR Späh bezeichnet Transparenz als wichtig, wobei sich auf manchen Ebenen Probleme ergeben könnten. Er findet die Zusammenfassung von Kleinspenden richtig.

OB Fettback gibt zu verstehen, der Grundsatz der Öffentlichkeit müsse gewahrt werden. Er werde aber in bestimmten Einzelfällen durchaus den Mut haben, etwas nichtöffentlich dem Gemeinderat vorzulegen.

Herr Simon lässt wissen, es würden auch Sachspenden von der Verordnung erfasst und es sei keine Vorwegbewilligung möglich. Man hoffe auf eine Abmilderung durch den Widerstand der Städte. Auch das Angebot einer Spende dürfe von der Verwaltung nicht mehr angenommen werden.

StR Hagel meint, an Schulen könnte es funktionieren, wenn eine Veranstaltung vom Elternbeirat durchgeführt werde oder Empfänger von Spenden nicht die Schule, sondern eine Klassenfahrt oder ähnliches wäre.

OB Fettback lässt wissen, die Schützendirektion habe einen eigenen Verein zur Annahme von Spenden gegründet.

StR Funk sieht hier einen typischen Fall für Politik von unten nach oben. Man müsse Signale geben, dass es nicht sein könne, Spenden öffentlich zu diskutieren. Zumindest müsse eine nichtöffentliche Kenntnisnahme des Gemeinderats ausreichend sein.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Gemeinderat beschließt, die in den Anlagen 1 - 3 von Drucksache Nr. 14/2007 aufgeführten Spenden anzunehmen.**
- 2. Über Spenden im Wert bis 100,00 € wird künftig in zusammengefasster Form pauschal (ohne Einzelaufstellung) entschieden.**
- 3. Von dem in Abstimmung mit dem Hauptamt und der Kämmerei durch das Rechnungsprüfungsamt erstellten Informations-Rundschreiben vom 22.08.2006 an alle städtischen Ämter wird Kenntnis genommen - Anlage 4 zu Drucksache Nr. 14/2007.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 199/2006 zur Kenntnisnahme vor.

Herr Dr. Biege führt aus, die Abstimmung der Zahlen habe länger als erwartet gedauert. Zum Kulturbudget habe man eine Deckelung von 2,984 Mio. € bis 2008 brutto beschlossen. Preiserhöhungen und ähnliches müssten daher durch Einsparungen oder Mehreinnahmen kompensiert werden. Der reale Spielraum betrage abzüglich der Personalkosten 1,2 Mio. €, denn als Dienstleister lebe man im Wesentlichen von den Leistungen des Personals. Er fragt, was der Gemeinderat an Darstellung wünsche. Im Wesentlichen habe er den Bericht so verfasst, wie er es 2005 angekündigt habe, da er keine anderen Wünsche aus den Reihen des Gemeinderats gehört habe. Dies müsse aber nicht immer so sein. Die Deckelung bringe einerseits eine Flexibilität der Ämter, verstärke aber andererseits die Tendenz zur „Einschaltquote“. Man versuche, möglichst gute Qualität zu liefern und gleichzeitig gute Zahlen, wobei man teilweise nur unzureichende Mittel an der Hand habe, da beispielsweise nur ein großer Deckungskreis bestehe und alle anderen Positionen selbst errechnet werden müssten.

StR Dullenkopf meint, die Vorlage sei nicht geeignet, die Ausgaben und Einnahmen der einzelnen Ämter zu diskutieren. Viele Einzelpositionen wären es wert, diskutiert zu werden, dies mache aber keinen Sinn, da die meisten Zahlen aus 2005 stammten. Im Herbst 2004 habe man eine Vorlage zur Kulturpolitik 2005 erhalten. Er wisse nicht einmal ob sie diskutiert worden sei. Darin sei ein Szenario aufgelegt worden, wie die Kultur 2005 aussähe, wenn man den Kulturbereich mit einem geringeren Budget und geringerem Zuschuss ausstatte. Dabei sei ausgesagt worden, dass man die Kostendeckungsgrade beachten müsse. Unter diesem Gesichtspunkt habe er die Vorlage betrachtet. Es sei feststellbar, wieviel man durchschnittlich für einen Konzertbesuch bezahlt habe und welches Defizit entstanden sei. Auch sei beispielsweise beim Projekt „Eine Stadt liest“ erkennbar, dass man relativ wenige Besucher trotz freien Eintritts verzeichnet habe. Dies sei keine Kritik, aber es könne wie manches andere festgestellt werden. Man könne keine Entwicklungen ablesen, weshalb die Vorlage gut und wichtig sei.

Auch StR Keil hält die Vorlage für relativ aussagekräftig. Die Budgetierung sei generell positiv und es werde viel in Eigenregie angeboten. Es sei klar, dass manche Bereiche wie beispielsweise die Partnerschaften gar nie bzw. nur bedingt (Bruno-Frey-Musikschule) kostendeckend arbeiten könnten. Man habe ein hohes Maß an kulturellen Angeboten erarbeitet und müsse dieses halten. Hierzu benötige man Besucher. Er bezeichne Verlässlichkeit als hohes Gut und Qualitätsmerkmal. Man könne viele Highlights beispielsweise beim Museum verzeichnen, was Qualität darstelle. Er danke für den Rückblick und meinte, sofern er arbeitsintensiv sei, müsste er auch nicht jedes Jahr erstellt werden.

StR Zügel bezeichne die Vorlage als sehr wichtig. Ziel sei eine wesentlich höhere Transparenz der Einrichtungen zu erhalten, die budgetiert seien. Dies bringe in der Regel ein bewussteres Handeln der Betroffenen mit sich, da genaue Leistungsziffern erarbeitet würden, was zum Nachdenken bei den Betroffenen geführt habe. Ein Bewusstsein über die Zahlen führe bei den Verantwortlichen zu einem veränderten Verhalten und beim Gemeinderat zu einer bewussteren Billigung der kulturpolitischen Strukturen.

StR Späh meint, Kulturhauptstadt zu sein sei ein großes Ziel und könne so stehen bleiben. Es sei richtig gewesen, nur selbst hergestellte Elemente ins Budget aufzunehmen und das Kulturdezernat eigenverantwortlich bis 2008 das Budget ausfüllen zu lassen. Entscheidend sei, dass die Enddarstellung neue Positionen bringe, die man bewerten könne.

StR Funk bezeichnet die Vorlage als sehr gut. Ein gutes finanzielles Ergebnis und Produktqualität schlossen sich nicht aus. Er fragt, ob Gebühren abgeschrieben würden und meint, falls dem so wäre, müsste man dies künftig entsprechend benennen. Er fragt, wie der Gemeinderat während der Budgetlaufzeit verändernd eingreifen könnte.

OB Fettback erwidert, wenn die Vereinbarung auslaufe, seien Veränderungen möglich.

Herr Dr. Biege stellt klar, Abschreibungen und kalkulatorische Kosten seien im Budget nicht enthalten, sondern nur die beeinflussbaren Haushaltsstellen. Vorschläge aus dem Gremium könne man gerne darstellen, wenn dies im Rahmen des Budgets möglich sei.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigelegte Drucksache Nr. 6/2007 zur Beschlussfassung vor. Zum Thema ging ein Antrag der SPD-Fraktion ein, der dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigelegt ist.

BM Ogertschnig erläutert den Sachverhalt.

StRin Kübler begründet den SPD-Antrag zum Baugebiet. Es sei unklar, ob der Bebauungsplan Regelungen für Anbauten und ähnliches enthalte. Man wolle keine Bebauungsplanänderung, sondern eine Definition von Dachauf- und ausbauten schriftlich in einer Satzung fixieren, unabhängig von einem Bebauungsplan. Diese Regelungen sollten dann locker gehandhabt werden. Ziel sei, den Charakter der 50er Jahre als Zeitzeuge zu sichern. Man sei an einem lebendigen Wohngebiet interessiert und müsse den Veränderungen der Gesellschaft Rechnung tragen. Die Satzung solle Fehlentwicklungen und eine komplette Verfremdung eines Gebiets verhindern und man wolle mit ihr die rechtliche Grundlage für beide Seiten schaffen, damit nicht mehr Vorwürfe einer Ermessungsentscheidung und Ungleichbehandlung vorgebracht werden könnten. Dies solle kein Zwang für Bauherren sein, sondern Anregungen bieten. Man wolle keine Unruhe ins Wohngebiet bringen, sondern für künftige Fälle Regelungen finden.

BM Ogertschnig stellt klar, dass derartige Regelungen die Aufstellung eines Bebauungsplans bzw. dessen Änderung erforderten. Auch wenn man dies außerhalb eines Bebauungsplans beschreiben wolle, stelle dies dennoch das gleiche Verfahren dar. Die Verwaltung habe beabsichtigt, mit dem Bebauungsplan Ruhe in das Gebiet zu bringen und Gleichbehandlung sicherzustellen. Ein Fehler sei gewesen, dass man dies an einem konkreten Bauantrag festgemacht habe.

StR Kolesch hat den Eindruck, die SPD-Fraktion wolle eine Regelung und doch auch wieder nicht. Man müsse sich entscheiden, was man wolle. Eine schriftliche Fixierung bedeutete eine Veränderung des Bebauungsplans. Alles andere mache keinen Sinn. Die CDU-Fraktion wolle klar nicht die Aufstellung eines Bebauungsplans und damit die nachträgliche Änderung von bisher erlaubten Auf- und Anbauten. Dies brächte Unruhe in das Gebiet, da schon viele Veränderungen aufgrund des sehr liberalen Bebauungsplans durchgeführt worden seien. Man solle bestehende Rechtsregelungen auch nicht durch eine gut gemeinte Beratung der Verwaltung einengen.

StR Rieger gibt zu verstehen, die Freien Wähler sprächen sich mehrheitlich für die Verwaltungsvorlage aus. Man wolle nicht Kaufwillige oder Erben verunsichern.

StRin Brunner hält eine Bebauungsplanänderung nicht für angebracht, zumal kreative Lösungen mit Festsetzungen nicht verhindert werden könnten.

StR Braig meint, man könne Architektur nicht für ewig festlegen. Der bestehende Bebauungsplan lasse nahezu alles zu, weshalb eine Veränderung eine nachträgliche Nutzungseinschränkung darstelle und für die Bürger einen Verlust bedeutete.

BM Ogertschnig stellt klar, die Verwaltung habe mit der Änderung auf den Bestand reduzieren wollen. Man plädiere dafür, lieber keine Festschreibungen zu treffen und habe dabei die Hoffnung, dass nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft würden.

Der **Antrag der SPD-Fraktion** wird mit 6 Ja-Stimmen (StRe Drews, Kapfer, Keil, Kübler, Lemli, Dr. Nuding), 1 Enthaltung (OB Fettback) und restlichen Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Anschließend fasst der Gemeinderat bei 6 Enthaltungen, 1 Nein-Stimme und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Eine Bebauungsplanänderung des Bebauungsplans „Beim Fohrhäldele“ wird nicht durchgeführt.

TOP 10.1 Bekanntgaben: Aufstieg Mettenberg

OB Fettback macht auf ein verteiltes Schreiben (**Anlage**) zur Finanzierung des Aufstiegs Mettenberg aufmerksam. Dies mache ein Umwidmung der L264 erforderlich.

TOP 10.2 Bekanntgaben: Veränderungen bei der Südbahn

OB Fettback lässt wissen, für die Südbahn seien erhebliche Reduzierungen vorgesehen, welche die Stadt vermutlich erheblich betreffen, vor allem beim Haltepunkt Süd, da Züge gestrichen werden sollten. Die Stadtwerke und Frau Fischer vom Stadtplanungsamt nahmen am Donnerstag an der Fahrplankonferenz teil und wollten die überproportionale Benachteiligung thematisieren. Man müsse bedenken, dass Stadt und Landkreis erhebliche kommunale Mittel zur Realisierung des Haltepunkts Süd aufgebracht hätten. Dabei habe man einiges bei der Umsetzung eingespart und weitere Mittel für die Bahn aufgebracht. Diese dürfe dann nicht da reduzieren, wo Verbindungen funktionierten. Man werde hiergegen protestieren.

BM Ogertschnig fügt an, man werde die Verschiebung von Zügen vorschlagen, um das Schulende am BSZ abzudecken.

TOP 11.1 Verschiedenes: Fußgängerquerung bei der Südbahn

StR Lemli bringt vor, der Zeppelinring werde auf Höhe der ehemaligen Riedmühle von vielen Schülern gequert. Der Gehweg sei in der Kurve zur Stadtbücherei. In der Vergangenheit sei es zu mehreren Behinderungen und einer gefährlichen Situation gekommen. Er bittet, den Punkt in die nächste Verkehrsschau aufzunehmen.

TOP 11.2 Verschiedenes: Taubenkot

StRin Drews bringt vor, sie sei von älteren Bürgern auf die Verunreinigung von Kulturdenkmälern durch Taubenkot angesprochen worden.

TOP 11.3 Verschiedenes: Ampelschaltung Ulmer Tor und Memminger Straße

StRin Drews bringt vor, seit der Umstellung der Ampelschaltung an der Kreuzung Ulmer Straße / Memminger Straße könnten Fußgänger die Straße nicht mehr ordnungsgemäß queren. Pkw stünden zum Teil über Mittag quer über die Straße, weil die Ampel an der Bergerhauser Straße noch auf Rot sei.

Auch die Ampelschaltung beim Ulmer Tor werde kritisiert, da Linksabbieger zweimal Grün erhielten, was Fußgänger irritiere.

OB Fettback erwidert, letzteres sei gewollt. Man prüfe die zeitliche Steuerung, da es auch Zeiten auf dem Ring gebe, in denen die zweite Grünphase nicht gerechtfertigt sei. Fußgänger in der Ulmer Straße kämen jetzt meist in einem Zug über die Straße.

BM Ogertschnig bestätigt, dass eine Nachjustierung erforderlich sei.

Gemeinderat, 29.01.2007, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Wiest
Stadträtin:	Kübler
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Ogertschnig